

Industrie fordert mehr Freiheit für Kitas

DIHK mahnt flexiblere Öffnungszeiten an

Von Michael Bergius

Die große Mehrheit der Kindertagesstätten in Deutschland ist immer noch nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von Unternehmen und berufstätigen Eltern eingerichtet. Dies bemängelt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in einem am Donnerstag veröffentlichten „Kita-Check“, der auf Umfragen bei mehr als 6700 Einrichtungen beruht. Die zentrale Botschaft überrascht wenig: Das größte Maß an Flexibilität bieten betriebseigene Kindertagesstätten, gut sieht es auch bei privat-gewerblichen Einrichtungen aus. Dagegen sind die Angebote kommunaler, kirchlicher oder von Wohlfahrtsverbänden getragener Kitas begrenzt.

Als inakzeptabel beurteilt die Wirtschaft, dass 99 Prozent aller Kitas Samstags geschlossen seien. Abgesehen von Ausnahmen vor allem in Ostdeutschland sehe es auch kaum besser aus, was Öffnungszeiten nach 18 Uhr angehe. Immerhin öffneten bundesweit zwei Drittel der Kitas ihre Tore vor 7.30 Uhr am Morgen, lobt die Studie.

Als verbesserungsfähig bezeichnet der DIHK auch die Situation in Urlaubsperioden. Insgesamt habe nur ein Drittel aller Kitas während der gesamten Ferienzeit in einem Bundesland geöffnet; 67 Prozent mache teilweise zu.

Die meisten kirchlichen Einrichtungen sind in den Ferien geschlossen

Auch hier gibt es Ausreißer in beide Richtungen: Nur 16 Prozent der kirchlich organisierten Tagesstätten stünden während der kompletten Ferien zur Verfügung, was die Studie als „besonders negativ“ hervorhebt. Deutlich besser stehe es um die von Wohlfahrtsverbänden geführten Zentren (54 Prozent); auch hier sind die Betriebs-Kitas (mit zwei Dritteln, die offen bleiben) die Vorreiter.

DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun betonte, es gehe nicht darum, dass Kinder „länger“ außer Haus betreut werden sollten. Nötig seien besser auf die Bedürfnisse von Eltern und Betrieben zugeschnittene Angebote. Braun verlangte mehr Gestaltungsfreiheit der Kitas gegenüber ihren Trägern bei der individuellen Festlegung von Zeitplänen. Auch die Möglichkeit für Betriebe, Belegplätze für Kinder ihrer Mitarbeiter zu buchen, sei zu schwach ausgeprägt.

Braun erhob auch die „grundlegende Forderung“, dass sämtliche Kita-Träger, die bestimmte Qualitätsstandards erfüllten, öffentliche Fördermittel erhalten müssten. Ein Vorstoß von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU), der ausdrücklich auch private, gewinnorientierte Einrichtungen förderfähig gemacht hätte, war im Frühjahr von der SPD abgeblockt worden.

Mit Befriedigung registriert der DIHK, dass fast sechs von zehn Kitas mittlerweile Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund anbieten. Das letzte Vor-



Ursula von der Leyen fordert bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es geht nicht nur darum, ausreichend Plätze zu schaffen, sondern auch, sicherzustellen, dass die Qualität stimmt: „Eltern brauchen Kitas, die flexible Öffnungszeiten haben, um ihren Alltag gut schultern zu können.“ Von der Leyen mahnte die Unternehmen, sich „noch stärker als bisher“ in der betrieblichen Kinderbetreuung zu engagieren. Sie verwies dabei auf EU-Fördermittel, die Firmen „konkrete Hilfe beim Aufbau einer eigenen Kinderbetreuung“ leisten könnten. Braun sieht sein eigenes Medizingeräte-Unternehmen hier auf einem guten Weg. In der Firma mit Stammsitz im nordhessischen Melsungen gebe es derzeit „168 verschiedene Schichtmodelle“, verkündete der Kammerpräsident stolz, den jeweiligen Bedürfnissen der Eltern angepasst.

Schuljahr müsse künftig bundesweit „verpflichtend und kostenlos“ sein, fordert die Wirtschaft. Daneben müssten die Kommunen regelmäßig „Bedarfsanalysen“ anstellen und zielgenau auf die Wünsche der Eltern eingehen.

Der Bundesverband katholischer Kindertageseinrichtungen (KTK) verwies darauf, dass „viele“ seiner bundesweit 8000 Kitas „bedarfsgerechte Angebote bis 22 Uhr oder auch an Samstagen“ böten. Dies erfordere aber auch mehr Personal sowie „dringend“ Zuschüsse der öffentlichen Hand, sagte KTK-Geschäftsführer Frank Jansen der FR. Dass gewerbliche Kitas im Vergleich flexibler seien, sei nicht verwunderlich, sagte Jansen, schließlich würden sie „von Kindern besucht, deren Eltern finanziell besser gestellt sind“.

Von der Leyen sagte der FR, der Kita-Check zeige, „wo noch Arbeit vor uns liegt“. Eine flächendeckende Kinderbetreuung sei „der wichtigste Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“